Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 1

Artikel: Das Jahr 1965 in Osteuropa

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1077147

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Jahr 1965 in Osteuropa

Das Jahr 1965 kann wohl als das Jahr bezeichnet werden, in dem die kommunistischen Machthaber in Osteuropa sich den Problemen der Realität stellten, die 1964 bereits zum Teil formuliert worden waren.

In ganz Osteuropa war 1965 ein Jahr der Umstellungen, ein Jahr, in dem die Kommunisten zugeben mussten, dass die traditionellen marxistischen Methoden der Wirtschaftsplanung fehlgeschlagen haben, ein Jahr, in dem sie die Reformen ankündigten, die zahlreiche bisher unantastbare Dogmen fallen liessen.

Mit Ausnahme des unerschütterlichen stalinistischen Albaniens hiess in jedem Land Osteuropas die Wirtschaftsplanung «Reform». Das Ausmass der Veränderungen ist in jedem Land verschieden, aber selbst Rumänien, dessen Wirtschaftsform offiziell zentralistisch blieb, hat dem Revisionismus zumindest Lippendienste geleistet.

In den meisten Ländern stehen die sehr umfangreichen Reformen noch immer nur auf dem Papier; es ist aber vorgesehen, dass sie unter dem neuen Fünfjahresplan, der Anfang 1966 in Kraft tritt, wirksam werden sollen.

Die alten Parolen, in denen die Schwerindustrie, die Disziplin und der Gehorsam verherrlicht wurden sowie die Ermahnungen, «das Plansoll zu erfüllen», mussten den Erörterungen über Verbrauchsgüter, Einzelunternehmen, Wettbewerb sowie dem Begriff «Profit» weichen.

Weniger offenkundig, aber vielleicht ebenso bedeutsam waren die veränderten Beziehungen zwischen Moskau und den osteuropäischen Regierungssitzen.

Kein anderes osteuropäisches Land folgte zwar dem rumänischen Beispiel, offen seine wirtschaftliche Unabhängigkeit von den Sowjets zu erklären und für sich das Recht in Anspruch zu nehmen, seine eigene ideologische Linie zu verfolgen; aber es war deutlich erkennbar, dass sie alle auf dem Recht bestanden, sich zu häufigen Beratungen mit dem Kreml zusammenzusetzen, und zwar auf der Ebene von Verbündeten mit Verbündeten, und nicht als Gefolgsmänner mit ihrem Anführer.

Diese zeitbedingte Entwicklung der Dinge ist durch die Bestürzung verstärkt worden, die durch die plötzliche Absetzung Chruschtschows vor 15 Monaten unter den Spitzenfunktionären Osteuropas hervorgerufen worden war; es steht ferner zu vermuten, dass diese Funktionäre es Moskau eindeutig klargemacht haben, dass sie niemals wieder eine Ueberraschung dieser Art zu erleben wünschten.

Gleichfalls haben die Staaten Osteuropas Moskau zu verstehen gegeben, dass sie nicht länger gewillt sind, die wirtschaftliche Führung der Sowjetunion anzuerkennen. Die Wirtschaftsplaner Ungarns, der Tschechoslowakei, der Sowjetzone, Bulgariens und Polens sind auf ihrem Weg zum wirtschaftlichen Revisionismus bereits weiter voran, als die Sowjets selbst.

Dies zeitigt offensichtlich weitreichende Verwicklungen im Comecon, dem Gegenstück des Sowjetblocks zum Gemeinsamen Markt. Die osteuropäischen Nationen verfolgen jetzt ihr eigenes Wirtschaftsprogramm und damit erscheint die Idee einer vollkommen integrierten «Blockwirschaft» weniger durchführbar denn je.

Dieses Thema bildete u. a. eines der Hauptpunkte der Besprechungen, die im Herbst 1965 zwischen den Sowjets und den Spitzenfunktionären Osteuropas in einer noch nie dagewesenen Folge stattgefunden hatten.

Am Ende des Jahres zeigte sich aber auch, dass Osteuropa, mit Ausnahme von Albanien und Rumänien, sich in der ideologischen Auseinandersetzung mit China einmütig zur UdSSR bekannte.

Nach fast einjähriger Ignorierung der Angriffe seitens Pekings, haben die Sowjets im November nun mit allen ideologischen Geschützen das Feuer erwidert; Polen, die Sowjetzone, Ungarn, die Tschechoslowakei und Bulgarien gaben ihnen dabei ihre volle Unterstützung. Nur Rumänien nimmt offiziell weiterhin eine neutrale Stellung ein.

Vom agrarpolitischen Standpunkt aus gesehen war es für die Länder des Sowjetblocks ein trübes Jahr. Obgleich die landwirtschaftliche Produktion besser ausfiel, als in dem Unglücksjahr 1963, gab es nur in Polen und Rumänien eine gute Getreideernte. Die Tschechoslowakei und Ungarn wurden im Frühjahr von der grossen Ueberschwemmungskatastrophe schwer betroffen und Bulgarien litt unter einer Dürre. Die schlechte Getreideernte in der Sowjetunion erbrachte den weiteren Beweis dafür, dass auf die Sowjets — trotz ihres enormen Anbaugebietes — kein Verlass ist, wenn es gilt, die Kornspeicher Osteuropas zu füllen. In verschiedenen Ländern wurden Pläne zum Import von Getreide aus westlichen Ländern vorbereitet und überall im Ostblock wandten sich westliche Geschäftsleute an die kommunistischen Käufer, um Gespräche über erweiterte Handelsbeziehungen zu führen.

In vielen Fällen erörterten sie weit mehr als nur einen einfachen Warenaustausch. Mehr und mehr zeigten die Kommunisten im Jahr 1965 ein Interesse an industrieller Zusammenarbeit mit dem Westen, die in dieser Form noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen wäre.

In den Gesprächen ging es um Gemeinschaftsproduktion und Mitbesitz, um Fabriken und Betriebe, die westliche Fachkenntnisse, westliche Finanzierung und kommunistische Arbeitskräfte einsetzen.

Die kommunistische Wirtschaft trat in einen Konkurrenzkampf um harte westliche Währung ein, und mehr und mehr westliche Touristen besuchten im Jahr 1965 die Ostblockländer. Umgekehrt erleichterten verschiedene Länder, insbesondere die Tschechoslowakei und Ungarn, den Besuch westlicher Länder, was unter anderem auch eine ansteigende Zahl von Flüchtlingen nach dem Westen zur Folge hatte.

Bulgarien

In Bulgarien endete das Jahr 1965 mit Versprechungen für höhere Löhne und bessere Zeiten unter dem neuen Fünfjahresplan, der am 1. Januar 1966 wirksam werden soll.

Diese Versprechen decken sich mit den Hauptrichtlinien der bulgarischen Wirtschaftsreform, die am gleichen Tage in Kraft getreten ist. Wie auch in den anderen Staaten ist das Profit-Motiv, der Leistungslohn und grössere Verantwortung der einzelnen Betriebsleiter das Hauptmerkmal des neuen bulgarischen Wirtschaftssystems, während jedoch die zentrale Planung weiterhin bei den zentralen Verwaltungsstellen verbleibt. Die Reformen sehen ausserdem ein beweglicheres Preisbildungssystem vor sowie eine Verzinsung von Geldanlagen, die das alte System der direkten staatlichen Zuschüsse für staatseigene Betriebe ablöst.

Innenpolitisch bildete die am 1. April aufgedeckte Verschwörung gegen die Regierung in diesem Jahr das auffälligste Ereignis. Das Ziel der Verschwörer sowie ihre Drahtzieher werden wohl für immer unbekannt bleiben, doch ist es recht aufschlussreich, dass sich unter den wenigen Verurteilten drei Brigadegenerale befinden, die mit den Partisanengruppen in Verbindung standen, welche im Zweiten Weltkrieg gegen die Nazis kämpften.

Die Tschechoslowakei

Für die Tschechoslowakei bedeutete 1965 ein Jahr der Reformen, welche die zugestandenen Misserfolge gutmachen sollen.

Präsident Novotny räumte am 10. Dezember ein, dass sein Land in diesem Jahr «enorme Verluste» in der landwirtschaftlichen Produktion erlitten habe und gezwungen sein wird, Getreide in der Sowjetunion und in Kanada einzukaufen.

Auf dem industriellen Sektor befand sich das Land noch immer im Stadium der Stagnation und alle Hoffnungen knüpfen sich an das vieldiskutierte Neue Wirtschaftsmodell, das 1966 zugleich mit dem neuen Fünfjahresplan in Kraft treten soll.

Hauptmerkmale des Neuen Wirtschaftsmodells sind das Profit-Motiv, der Leistungslohn für Arbeitnehmer, Wettbewerb der staatlichen Betriebe und Geschäfte untereinander, erhöhte Arbeitsproduktivität

und grössere Unabhängigkeit der Betriebsleiter und Fabrikdirektoren. Gleichzeitig sieht es ein Preisbildungssystem vor, das in Osteuropa bisher ohne Beispiel ist.

Um das neue Wirtschaftsmodell erfolgreich zu gestalten, wurde im Oktober und November eine Reorganisation des Regierungsapparates vorgenommen, in deren Verlauf einige Ministerien zwecks grösserer Leistungsfähigkeit umgebildet und einige unfähige Minister entlassen wurden.

Auf der tschechoslowakischen Nationalversammlung, die im November zusammentrat, wurde ausserdem auch die Frage aufgeworfen, wie man den beständig unruhigen Slowaken mehr Unabhängigkeit einräumen könnte; einige Regierungsänderungen dürften zu dem Zweck erfolgt sein, den slowakischen Nationalismus zu besänftigen.

Die Beziehungen Prags zum Vatikan verbesserten sich im Februar durch die Freilassung Josef Kardinal Berans, der jahrelang von den Kommunisten interniert worden war.

Ostdeutschland

Am Ende des Jahres 1965 waren die Gründe des im Dezember erfolgten Selbstmords Erich Apels noch immer unklar. Apel war Hauptwirtschaftsplaner und somit der Mann, der für die umfangreichen Wirtschaftsreformen des Landes verantwortlich war.

Nach westdeutschen Gerüchten stand der Selbstmord Apels in direktem Zusammenhang mit diesen Reformen und den ostdeutschen Beziehungen zur Sowjetunion.

Diesen Berichten zufolge hätte sich Apel aus Protest gegen die Handelsbedingungen umgebracht, die Moskau der Sowjetzone aufzwingen wollte, Bedingungen, die seiner Meinung nach seine Pläne für den wirtschaftlichen Wohlstand der Zone zunichte machen würden.

Apels Wirtschaftsprogramm ist eines der umfassendsten in Osteuropa und entspricht in keiner Weise der sowjetzonalen Tradition der sklavischen Befolgung des marxistischen Dogmas und des Beispiels Moskaus. Wie auch in anderen Ostblockländern konzentriert sich die Reform der Sowjetzone auf das Profit-Motiv als Prüfstein der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, auf weit grössere Unabhängigkeit von den zentralen Kontrollorganen der Wirtschaft, Prämienanreiz für Arbeitnehmer (Leistungslohn) und grössere Beweglichkeit in dem Preisbildungssystem.

Das Regime der Sowjetzone unternahm ausserdem einen kleinen, zögernden Schritt zu grösserer politischer Unabhängigkeit, indem es — zum ersten Male — bei den Wahlen mehr als nur einen Kandidaten für jeden Sitz zuliess und dies auch für die nächsten Parlamentswahlen zusagte. Dagegen hat sich die Haltung der Partei an der «Kulturfront» wieder versteift.

Ungarn

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Ungarns trat Ende November zusammen und verfertigte einen Bericht, der eine «umfassende Revision» des nationalen Wirtschaftssystems umriss.

Diese Revision bringt Ungarn anscheinend an die Spitze der Wirtschaftsreformen; ihre Merkmale sind auch hier grössere Unabhängigkeit der Betriebsmanager, Betonung des Profit-Motivs und Leistungslohn für Arbeitnehmer. Es sieht auch die Einführung eines dreistufigen Preissystems vor, und zwar nach dem Vorbild der Tschechoslowakei, die drei Preiskategorien einführen will: die staatlich festgelegten Preise, die zwischen Höchst- und Mindestgrenze frei gebildeten Preise, ferner Preise, die sich frei nach Angebot und Nachfrage richten sollen.

Als weiterer Schritt zur Festigung der Wirtschaft wurde die Entscheidung des Parteichefs Janos Kadars im vergangenen Juni angesehen, zugunsten von Gyula Kallai als Präsident zurückzutreten. Diese Entscheidung wurde als Massnahme gewertet, einen Mann auf diesen Posten zu berufen, der seine gesamte Zeit den dringenden innenpolitischen Angelegenheiten widmen kann.

Für den Durchschnittsmenschen war das Jahr 1965 recht düster. Die Preise stiegen, während die Löhne gleich blieben, und am Ende des Jahres war die Kaufkraft des Forint gesunken.

In diesem Jahr verschlechterten sich auch — trotz der Unterzeichnung eines Uebereinkommens im Jahre 1964 — die Beziehungen Ungarns zum Vatikan erheblich. In der 2. Jahreshälfte wurde eine ganze Anzahl von Priestern verhaftet, denen schon vorher von der Regierung wegen «Veschwörung gegen den Staat» die Ausübung ihres Amtes untersagt war.

Polen

In Polen war es ein Jahr der Gerichtsverhandlungen und der Skandale.

Der langsame Rückgang der 1956 einsetzenden Liberalisierung auf dem kulturellen Sektor wurde durch die Verhaftung verschiedener Schriftsteller in diesem Jahr fortgesetzt.

Weit zahlreicher waren die Verhaftungen im Zusammenhang mit angeblich grossen Unterschlagungen, die sich bei den staatlichen Instanzen für die Fleischzuteilung ereigneten. Am Ende des Jahres waren mehr als 120 Personen deswegen zu Gefängnisstrafen und ein Mann zum Tode verurteilt worden — der erste Pole, der seit der Stalinära für ein sogenanntes «Wirtschaftsverbrechen» hingerichtet wurde.

Gegen Ende des Jahres hat noch ein anderes Ereignis die polnische Presse beschäftigt. Es begann mit einem Brief des polnischen römisch-katholischen Episkopats an die katholische Priesterschaft in Westdeutschland, mit dem die deutschen Bischöfe zur Teilnahme an der 1966 stattfindenden 1000-Jahrfeier der Christianisierung Polens eingeladen wurden.

Das polnische Regime betrachtet den Brief als unerwünschte Einmischung in die polnische Aussenpolitik, welche die Gültigkeit der polnischen Westgrenzen bedrohe, und der Brief wurde auch von der amtlichen Presse heftig kritisiert. Die Stellung des Regimes zum eventuellen Besuch des Papstes anlässlich der 1000-Jahrfeier wurde nicht bekannt.

In den Pausen zwischen den Gerichtsverhandlungen gegen Schriftsteller und Fleischer und der Anklage gegen Bischöfe, hat sich die polnische Regierung damit befasst, die Richtlinien für eine Wirtschaftsreform unter dem neuen Fünfjahresplan festzulegen.

Rumänien

Das vergangene Jahr war durch den Tod des langjährigen Präsidenten und Parteichefs Gheorghe Gheorghiu-Dej gekennzeichnet, der Rumäniens wirtschaftliche und ideologische Abhängigkeit von Moskau beendete, und der sein Land auf den Weg zum sogenannten «Nationalkommunismus» führte.

In Anbetracht der Machtstellung, die Gheorghiu-Dej in Rumänien innehatte, vollzog sich der Uebergang nach seinem Tode im März bemerkenswert glatt. Ion Gheorghe Maurer blieb weiterhin Ministerpräsident, Nicolae Ceausescu wurde Parteichef und Chivu Stoica wurde zum Präsidenten ernannt.

Jetzt, am Anfang des Jahres, ist dieses Dreigestirn noch immer an der Macht und der Einfluss Ceausescus steigt beständig.

Die neuen Führer gaben sofort zu verstehen, dass sie keine einschneidenden Aenderungen in der rumänischen Innen- und Aussenpolitik vornehmen wollten. Dem wirtschaftlichen Revisionismus wurde auf dem Parteikongress vom Juli bedingte Zustimmung erteilt, doch sind die Männer in Bukarest anscheinend der Ansicht, dass die alten Methoden der zentralen Ueberwachung des von Rumänien verfolgten industriellen Sofortprogramms am wirksamsten sind.

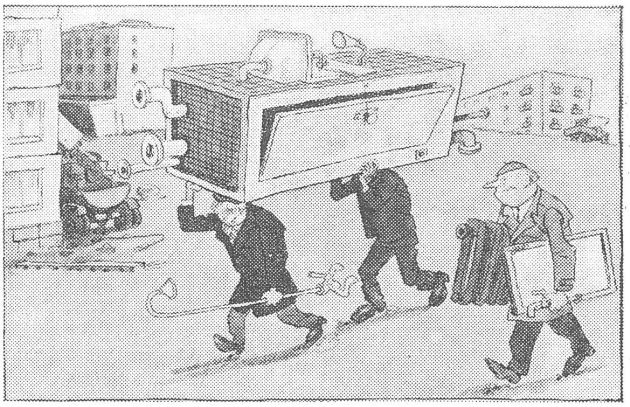
Dafür ist die neue Führung etwas geneigter, die ideologischen Zügel auf dem kulturellen Sektor zu lockern. In diesem Jahr wurden in zunehmendem Masse Stücke westlicher Dramatiker gebracht, und es gab neue Anregungen auf kulturellem Gebiet; es bleibt jedoch abzuwarten, wo dieser Entwicklung Grenzen gesetzt werden. ■

Wir wünschen unsern Lesern ein gutes neues Jahr

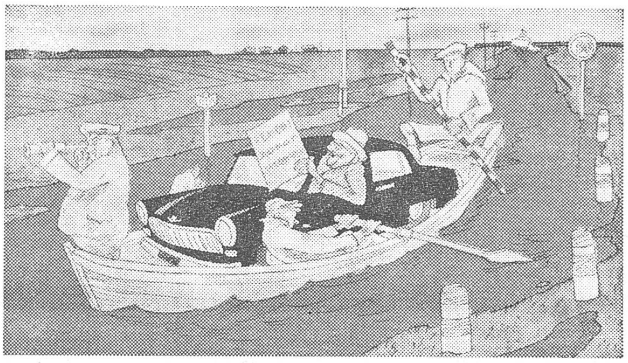
Altjahresbukett

(aus «Krokodil», Moskau)

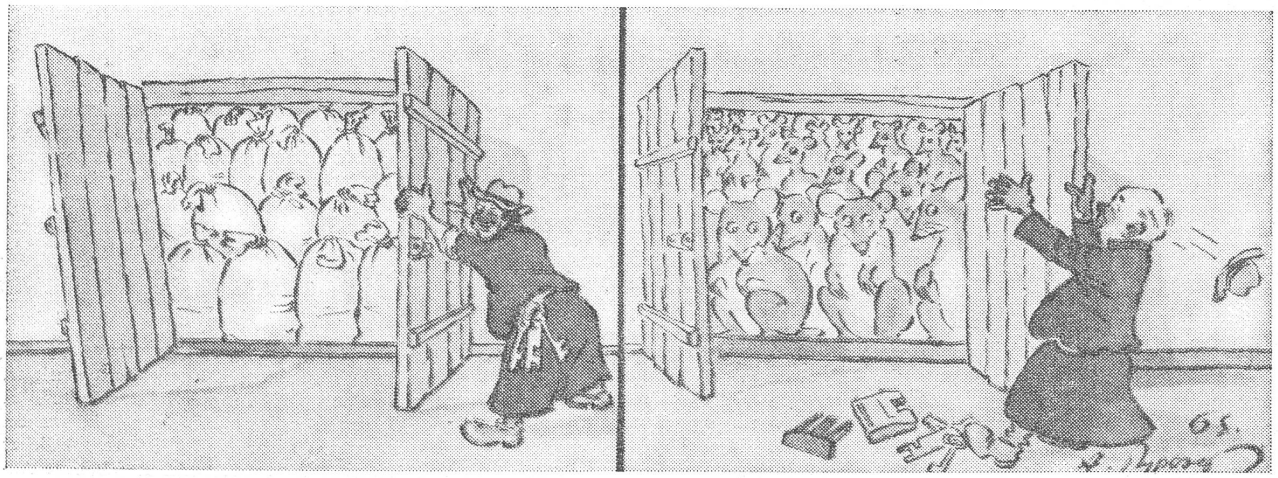
Kollektivismus allzu gut verstanden: «Uebergebt das Kind der Gesellschaft zur Erziehung!»



«Fehlen in eurer Wohnung auch so ein paar Details?»



Bericht an die Zentrale: «Strassenreparatur beendet!»



Die wunderbare Kornverwandlung

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telephon: (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnementen- und Inseratenverwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—). Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 1 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.
Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.